



Resolution zu den Auswirkungen neoliberaler Politik auf das Bildungswesen

Von OLME (Griechenland) und TUS (Serbien) vorgelegt zur Annahme auf der EGBW-Sonderkonferenz, der regionalen Sonderkonferenz der Bildungsinternationalen in Wien, angenommen am 26. - 27. November 2014

Die EGBW-Sonderkonferenz in Wien, zusätzlich zu und übereinstimmend mit der [Resolution zum Lehrberuf](#), der [Dringenden Resolution zu Griechenland](#), der [Resolution zur Wirtschafts- und Finanzkrise](#), der [Resolution „Jene, die am wenigsten haben, sind diejenigen, die am meisten unter den Etatkürzungen leiden“](#) und dem [EGBW-Strategiepapier zu Berufsbildung](#), angenommen von der EGBW-Konferenz, der Regionalen Konferenz der Bildungsinternationalen, in Budapest am 26. November 2012,

hält fest, dass

1. die von einigen Regierungen in Europa mit Blick auf die Krisenbewältigung umgesetzte neoliberale Politik sich schwerwiegend auf öffentliche Dienstleistungen und Bildung ausgewirkt hat.
2. aufgrund dieser Politik und des EU-Fiskalpakts, den die EU, die Troika und einige EU-Mitgliedstaaten verfolgen, den Menschen in Europa auch weiterhin Sparmaßnahmen und Etatkürzungen auferlegt werden, die zu immer weiteren Kürzungen der Löhne/Gehälter und Renten von ArbeitnehmerInnen sowie auch der Etats für Sozialleistungen von EU-Mitgliedstaaten führen. Diese politischen Maßnahmen haben für einige Länder, insbesondere in Süd- und Osteuropa, verheerende Auswirkungen und werden auch in mittel- und osteuropäischen Ländern durchgesetzt.
3. die Schulden nicht von den Menschen in Europa, sondern in erster Linie im Bankensektor gemacht wurden. Anhand der derzeitigen Sparmaßnahmen wird der Wohlstand zugunsten der Reichen und Mächtigen und zulasten der ArbeitnehmerInnen und der Mehrheit der Menschen umverteilt.
4. die Haushaltskürzungen im Bildungssektor zu einer enormen Kürzung der öffentlichen Bildungsausgaben geführt haben, die sich in vielen europäischen Ländern ohnehin schon auf einem inakzeptabel niedrigen Niveau befinden. Zu den Folgen, die diese Politik für Beschäftigte im Bildungsbereich und in Bildungseinrichtungen mit sich bringt, gehören die Schließung von Schulen, größere Klassenstärken und die Verringerung von Lernchancen, was in einigen Ländern zur Abschaffung ganzer Ausbildungswege und/oder Fachrichtungen führt, so z.B. in Griechenland, wo jedes Jahr über 20.000 Azubildende aufgrund der Kürzungen im Bildungsbereich ihrer Auswahlmöglichkeiten in der Ausbildung beraubt werden.



Die Zukunft des Lehrberufs

5. Kürzungen bei den Gehältern und Pensionen von Lehrkräften, Entlassung von Lehrkräften, zusammen mit weniger Festanstellungen und Herabstufungen von Lehrkräften, zunehmender Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und Zwang zu beruflicher Mobilität sowie auch eine Zunahme der Arbeitsbelastung der Lehrenden, schwerwiegende Folgen für die Attraktivität des Lehrberufs haben und dazu führen, dass immer mehr Beschäftigte im Bildungsbereich den Beruf aufgeben und den Beruf wechseln.
6. die EU zulasten universeller menschlicher Werte, die marktwirtschaftlichen Werte des Unternehmertums und der Wettbewerbsfähigkeit im Bildungssektor fördert, und zwar mittels Strategien, wie etwa der Strategie zu *Neuen Denkansätzen in der Bildung*. In ähnlicher Weise fördert sie fragmentiertes Wissen und Einzelkompetenzen zulasten einer breiter gefassten Bildung und Pädagogik, die die demokratischen BürgerInnen der Zukunft hervorbringen sollten.

fordert

koordiniertes und vereintes Handeln der Mitgliedsorganisationen in ganz Europa für freie und öffentliche Bildung für alle ohne Diskriminierung.